

Beschluss

**des Bezirksparteitags der CSU Oberbayern
am 29. Juni 2019 in Ingolstadt**

als Leitantrag

Nachhaltigkeitsagenda 2030 für Oberbayern

-

**Umweltbewusst und
nachhaltig – nicht links**



Unser Auftrag für Oberbayern: Umweltbewusst und nachhaltig – nicht links!

Die CSU war und ist die Partei der Nachhaltigkeit – zur Bewahrung der Schöpfung.

Nachhaltigkeit in allen Bereichen des täglichen Lebens und Wirtschaftens ist eine zutiefst bürgerliche, christliche und grundkonservative Haltung. Wir wollen Nachhaltigkeit aus der linken Missdeutung befreien, die der Begriff erfahren hat. Das bedeutet: Wir wollen mehr ökologische Sensibilität der politisch Handelnden durch Überzeugung und Anreize statt mit Verboten und ideologischer Bevormundung. Wir arbeiten dabei nicht mit verkürzenden Parolen und wohlfeilen Sprüchen wie andere – sondern wir stellen uns den tatsächlich vorhandenen Zielkonflikten in der Gesellschaft.

Und wir fragen immer nach einer möglichen, praktischen Umsetzung mit den Bürgern und den verschiedenen, politischen Handlungsebenen!

Dabei konzentrieren wir uns als CSU Oberbayern zunächst auf Themen mit besonderer Oberbayernrelevanz, denn wir sind, mit über 36.000 Mitgliedern, die größte politische Bürgerbewegung in und für Oberbayern!

Deshalb diskutieren wir in einem ersten Schritt oberbayernspezifische Themen für nachhaltige Politik in unserer Partei in den Orts- und Kreisverbänden, in den Arbeitsgemeinschaften und den Arbeitskreisen. In einem zweiten Schritt wollen wir auch zu den vielen anderen, großen Nachhaltigkeitsthemen Stellung beziehen, deren Lösung nationale bis globale Anstrengungen erfordern.

Die Ergebnisse sollen dann auf einem Nachhaltigkeitskongress der CSU vorgestellt und die Umsetzbarkeit der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen erörtert werden. Die Zielsetzung für das Jahr 2030 zeigt, dass die Maßnahmen in einem zehn Jahre umfassenden Programm nicht sofort, sondern nach und nach umgesetzt werden sollen, wobei die jeweiligen Haushaltsmöglichkeiten zu berücksichtigen sind.

Nachhaltigkeit als zentrale Politik-Leitlinie

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist heute in aller Munde und wird inzwischen beinahe inflationär verwendet. Um diesem gewichtigen Wort gerecht zu werden, lohnt ein Blick auf die eigentliche Herkunft des Begriffes.

Erstmals schriftlich, in dem heute verwendeten Sinnzusammenhang, ist der Begriff *„nachhaltende Nutzung“* in dem Werk *„SYLVICULTURA OECONOMICA“* des sächsischen Oberberghauptmanns *HANS CARL VON CARLOWITZ* (1713) erwähnt. Wichtig ist dabei, dass der damalige Schwerpunkt primär ein ökonomischer war, da seine *„Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum Zucht“* darauf ausgerichtet war, einem *„allenthalben und insgemein einreissenden Großen Holz-Mangel“* entgegen zu treten, der schwerwiegende Auswirkungen auf die *„nothdürfftige Versorgung des Haus-, Brau-, Berg- und Schmelzwesens“* mit Holz befürchten ließ. So warb *CARLOWITZ* mit großem Nachdruck dafür, nicht nur die Holznutzung im Auge zu haben, sondern sich gleichermaßen um den Nachersatz, d.h. um das Säen, Pflanzen und Setzen von Nachwuchs zu kümmern. Er begründet dies mit dem drastischen

Hinweis, dass es sich um eine existenzielle Frage handle, es sei „eine unentbehrliche Sache ..., ohne welche das Land in seinem Esse nicht bleiben mag.“ Besonders hervorzuheben ist daher, dass es CARLOWITZ in seinem primär forstwirtschaftlichen Fachbuch bereits um das politische Thema Generationengerechtigkeit ging und er bereits damals die Teilaspekte - Ökonomie, Ökologie und soziale Folgen - im Sinnzusammenhang gesehen hat. Eine neue, diesmal globale Beachtung, erfuhr das Thema 1968 im CLUB OF ROME, in dem sich Experten aus 30 Ländern Gedanken zur nachhaltigen Entwicklung machten, welche im berühmten Bericht: „Grenzen des Wachstums“ 1972 veröffentlicht wurden. Die Vereinten Nationen haben dann das Thema als AGENDA 21 auf die Tagesordnung genommen und in der Konferenz von 1992 in Rio de Janeiro als Leitlinien beschlossen.

Nachhaltigkeit auf globaler und nationaler Ebene

In einer Folgekonferenz der UN unter dem Titel Rio+20 im Jahre 2012 wurde die Definition von Entwicklungszielen beschlossen. Seit 1. Januar gelten für alle Mitgliedsstaaten sogenannte SDGs, d.h. *Sustainable Development Goals (SDGs)*. Die 17 Ziele zur nachhaltigen Entwicklung stellen also eine globale Nachhaltigkeitsagenda bis zum Zieldatum 2030 dar, in der alle wesentlichen, globalen Handlungsfelder tangiert sind. Ein Katalog von Indikatoren soll die Umsetzung der Handlungsfelder in den Mitgliedsstaaten durch die UN-Statistikkommission messbar machen.

Auf der Ebene der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung 2016 die „*Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie*“ ins Werk gesetzt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geht die Umsetzung der UN-Initiative mit einem „*Zukunftsvertrag für die Welt*“ an. Die nationale „*Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*“ geht dabei von den 17 SDGs der UN aus und setzt sie in eigenen, konkreten Projekten der Bundesregierung um. Als Beispiel ist die Einrichtung eines „*Bündnisses für nachhaltige Textilien*“ zu nennen. Darin werden die wichtigsten Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und die Bundesregierung zusammengeführt. Zurzeit deckt das Bündnis bereits 55% des deutschen Textileinzelhandels ab.

Auch auf Landesebene gibt es konkrete Umsetzungsaktivitäten. Die *Nachhaltigkeitsstrategie der Bayerischen Staatsregierung* umfasst viele Einzelmaßnahmen der verschiedensten Handlungsfelder in allen Ministerien und nachgeordneten Behörden. Als prominentes Beispiel sei der *Umweltpakt* genannt, in dem sich Hunderte von bayerischen Betrieben verpflichtet haben, in ihren Abläufen weit mehr für Umweltschutz, Energie- und Rohstoffeffizienz zu tun, als dies die gesetzlichen Auflagen fordern.

Dazu kommen in letzter Zeit auch noch kommunale Aktivitäten, die sich, gefördert von der Bundesregierung, als „*Global Nachhaltige Region*“ einbringen, beispielsweise hat sich der Landkreis Passau im Herbst letzten Jahres verpflichtet, sechs der 17 SDGs der UN-Dekade in seinem Umfeld durch konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Nachhaltigkeit als politisches Grundprinzip der CSU

Natürlich ist zurzeit das Thema CO₂-Ausstoß/Energiepolitik durch den bereits spürbaren Klimawandel in aller Munde. Beschäftigt man sich aber auf politischer Ebene mit dem Thema „Nachhaltigkeit“, wird eines schnell klar: jeder glaubt den Begriff zu kennen, jeder versteht etwas anderes darunter und jeder hat sofort konkrete Anwendungen aus den verschiedensten Bereichen im Kopf. Wegen dieser Vielfalt sollte man daher, bevor man sich an die konkrete Erarbeitung von Einzelmaßnahmen macht, eine möglichst allgemeingültige Definition suchen, die für alle Lebensbereiche gilt.

So kommt man schnell zu dem Schluss: ***Nachhaltigkeit ist ein Handlungsprinzip, das die Aspekte Ökologie, Ökonomie und Soziales in Bezug auf die Zukunftsauswirkungen heutigen Handelns beschreibt.*** Nachhaltigkeit kann also als *Form heutigen Handelns definiert werden, das den gegenwärtigen und den zukünftigen Generationen vergleichbare oder bessere Lebensbedingungen sichert.* Wer immer in heutiger Verantwortung politische Entscheidungen trifft, muss sich daher nicht nur die Frage stellen: „Nützt das heute?“, sondern auch: „Nützt das auch den zukünftigen Generationen, bzw. ist zumindest ausgeschlossen, dass das, was heute nützt, zukünftigen Generationen in irgendeiner Form schadet?“.

Wer so an die Sache heran geht, findet in jedem politischen Handlungsfeld eine Lösung, die auch von unseren Nachkommen als klug und nützlich erachtet wird, auch wenn sie heute nicht gleich von allen goutiert wird.

Nachhaltiges Handeln sollte somit das Grundprinzip politischen Handelns in allen Feldern und in allen Ebenen sein. Dafür steht die CSU seit langem.

Nachhaltigkeit konkret

Die dialektische Darstellung dieser Themenfelder zeigt deutlich, dass Nachhaltigkeit nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. Bei den eingangs gestellten Fragen: „Nützt das heute?“ und: „Nützt das auch den zukünftigen Generationen, bzw. ist zumindest ausgeschlossen, dass das, was heute nützt, zukünftigen Generationen in irgendeiner Form schadet?“, ergibt sich nämlich leider die Antwort: „Das, was heute bequem und kostengünstig ist, erweist sich oftmals in langfristiger Betrachtung als schädlich und kostspielig für nachfolgende Generationen.“

Gleichzeitig sollten wir uns auf den Weg machen, um „aktiv“ die Dinge anzugehen und zu gestalten und nicht nur zu „reagieren“, wenn Schülerdemos oder Volksbegehren uns zum Handeln zwingen.

Der Weg zu konkreten Maßnahmen kann aber, wegen der Komplexität und der Auswirkungen auf unser tägliches Leben, nur durch Bewusstseinsbildung in der gesamten Bevölkerung gefunden werden. Dies setzt einen Agenda-Prozess voraus, der alle mitnimmt und bei dem die Beteiligten aus eigener Erkenntnis das eine oder andere machen, oder darauf verzichten, Gewohntes zu tun. Veränderungen, bei denen es um die vielen kleinen Dinge des täglichen Lebens geht, sind schwerlich durch Vorgaben der Regierung zu bewegen, es sei denn primär durch Ordnungsrecht und genau das ist nicht unser Politikstil.

Der Bayerische Weg ist der der Freiwilligkeit und Überzeugung – dahin sollten wir unsere Aktivitäten richten!

Nachhaltigkeit in der Politik bedeutet eine Verpflichtung zu Subsidiarität und Freiheit. Die Menschen sollen möglichst unmittelbar und auf den unterschiedlichen Ebenen eigenverantwortlich Politik erleben und Politik gestalten.

Nachhaltigkeit in der Politik bedeutet auch nachdenkliche und ehrliche Politik. Unsere Politik ist dem Gesamtwohl verpflichtet, folgt nicht wöchentlichen Umfragen und streut vorschnell einfache und populistische Parolen.

Nachhaltigkeit in der Politik bedeutet Belastbarkeit und Solidarität. Unsere Politik muss Probleme offen ansprechen und auch in schwierigen Zeiten belastbar und verlässlich sein. Die Rahmenbedingungen, die Solidarität, sie müssen verlässlich bleiben, für Familien und junge Menschen, für ältere und bedürftige Menschen, für Mitarbeiter und Betriebe, für die Landwirtschaft, für die Kommunen.

Nachhaltigkeit in der Politik verpflichtet gerade uns als Volkspartei zu einer ganzheitlichen Betrachtung. Wir bedenken auf allen politischen Ebenen das Ganze und bemühen uns um einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen. Nicht als Abfolge fauler Kompromisse, sondern in einer offenen Kommunikation der Entscheidungsgrundlagen, vor allem angesichts der großen Herausforderungen in den Themen Klimaschutz, Artenschutz und Flächeninanspruchnahme.

Nachhaltigkeit in der Politik bedeutet Aufrichtigkeit, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Aufrichtigkeit gegenüber unseren Mitgliedern und Mandatsträgern. Das aufrichtige Bemühen um die Zukunft unseres Landes, in der Gesamtbetrachtung und in der Verantwortung für das Ganze – das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von nachhaltiger Politik.

Nachhaltigkeit - Handlungsfelder

Wer versucht, einzelne politische Handlungsfelder, in denen Nachhaltigkeit umgesetzt werden muss, zu definieren und zu systematisieren, merkt schnell: Es gibt keine allgemeingültige Gliederung, die ohne Überschneidungen ist. Insbesondere die Themen Umwelt, Energie, Klima und Ressourcen sind eng vernetzt, gegenseitig voneinander abhängig und strahlen in viele andere Politikbereiche hinein. Eine vollständige Auflistung von Politikbereichen, in denen Nachhaltigkeit von Bedeutung ist, ist daher nicht möglich, eben weil das Prinzip allgemeingültig ist.

Dennoch sei in zwei kurzen Beispielen darauf verwiesen, dass Nachhaltigkeit auch in manchen Bereichen politischen Handelns eine Rolle spielt, in denen man es nicht sofort vermutet:

So ist die *Finanzpolitik* der Bayerischen Staatsregierung schon seit Jahren vom Nachhaltigkeitsprinzip geprägt. Der erste Landeshaushalt ohne Neuverschuldung 2006 unter Edmund Stoiber war bundesweit ein Novum. Horst Seehofers Plan, von 2012 Bayern bis zum Jahr 2030 schuldenfrei zu machen, setzte diesem einmaligen Geschehen noch eins drauf. Auch wenn es heute angenehmer und politisch bequemer wäre, sich manche Dinge zu leisten, die man durch aktuelle

Steuereinnahmen nicht abdecken kann, ist es ein Akt der Nachhaltigkeit, den kommenden Generationen so wenig Schuldenlast wie möglich zu überlassen. Unsere Kinder und Enkel sollen selbst entscheiden können, was mit den von ihnen erwirtschafteten Steuermitteln geschehen soll. Heute Schulden auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu machen – ist nicht nachhaltig. Kein anderes Land in Deutschland und wenige andere Länder in Europa handeln so nachhaltig wie Bayern!

Die von der CSU eingeführte Schuldenbremse und der Schuldenabbau sind nachhaltiger und gleichzeitig sozialer und gerechter als alles, was die Grünen bislang politisch erreicht haben!

Als weiteres Beispiel sei die *Bildungspolitik* genannt. Die immensen Ausgaben für das bayerische Schul- und Hochschulwesen (mehr als ein Drittel des Haushaltsvolumens) lassen sich ganz einfach mit einem Zitat von John F. Kennedy rechtfertigen: „Es gibt nur eines was auf Dauer teurer ist als Bildung: Keine Bildung.“ Ein hohes Engagement für Bildung ist somit ein typisches Beispiel nachhaltiger Politik.

Konkrete Handlungsfelder mit Oberbayernrelevanz

Die Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit der CSU-Oberbayern ist von der Bezirksvorsitzenden Ilse Aigner gebeten worden, zunächst Themenbereiche mit spezieller Relevanz für die Region Oberbayern auf ihre Nachhaltigkeitsaspekte hin zu beleuchten. Selbstverständlich sind diese Dinge in viele Regionen mit ähnlicher Konstellation übertragbar, einige Aspektgruppen sind aber für die Situation, in der sich Oberbayern derzeit befindet, besonders typisch und sollen daher in einer Nachhaltigkeitsagenda 2030 aufgegriffen werden. Diese Aspekte sind – wie schon gesagt – nicht vollständig und abschließend, aber für Oberbayern von besonderer Bedeutung.

In einem weiteren Schritt wollen wir dann auch zu den vielen anderen, großen Nachhaltigkeitsthemen wie Klimawandel, Migration, Ressourcenverbrauch, etc. Stellung nehmen, deren Bedeutung und Lösung nur global einzuordnen sind.

Deshalb konzentrieren wir uns hier auf:

1. Nachhaltige Flächennutzung – Flächenversiegelung mindern
2. Biologische Vielfalt (Biodiversität)
3. Nachhaltige Mobilität in Stadt und Land
4. Tourismus nachhaltig

I. Nachhaltige Flächennutzung – zusätzliche Flächenversiegelung mindern und stoppen

Oberbayernrelevanz:

Oberbayern hat seit vielen Jahren einen weit überdurchschnittlichen Zuzug im Vergleich zu anderen bayerischen Regionen und zu ganz Deutschland. Dies ist zum einen durch den boomenden Ballungsraum München bedingt, zu dem auch die angrenzenden Landkreise gehören. Der attraktive Wirtschaftsstandort, die vielen Arbeitsplätze und die Nähe zu Forschung und Wissenschaft machen die Region auch für weitere, neue Betriebe interessant und führen zu immer weiterer Gewerbe- und Wohnbautätigkeit.

Zum anderen sind viele oberbayerische Gemeinden durch ihre landschaftliche Schönheit und touristische Attraktivität für Menschen begehrt, die nach einem Arbeitsleben in Städten für den Lebensabend einen idyllischen Ort in der Natur suchen.

Alle drei Faktoren erzeugen Siedlungsdruck und eine hohe Nachfrage an Bauflächen und Immobilien mit allen dazugehörigen Folgen. Das betrifft Handel und Gewerbe noch mehr als den Wohnungsbau.

Dabei wird oft von „Flächenverbrauch“ gesprochen – dieser Begriff ist aber nicht hilfreich, da missverständlich, denn die Flächen werden ja nicht „verbraucht“ – gemeint ist vielmehr: Flächenversiegelung bzw. „Zubetonieren“.

Unser Ziel:

Wir wollen eine nachhaltige Flächennutzung und wir wollen die zusätzliche Flächenversiegelung kurzfristig reduzieren und längerfristig ganz stoppen. Der im Koalitionsvertrag vorgeschlagene Sollwert für Bayern (5 ha pro Tag) ist ein guter Ansatz. Unser langfristiges Ziel sollte aber sein, mit dem nicht vermehrbaren Gut „Fläche“ so umzugehen, dass es zu keiner weiteren Versiegelung kommt – zumindest nicht zu einer über den Bevölkerungszuwachs in Bayern hinaus gehenden.

Auch hier gilt: Wir können und wollen unsere eigenen wirtschaftlichen Grundlagen und unsere zum Leben notwendige Infrastruktur, wie Energie, Wohnen und Verkehr, nicht gegen eine romantisierende und lebensfremde Vorstellung von Natur ausspielen. Es geht nicht um „Zubetonieren“ versus „Nationalpark“. Wir wollen und müssen vielmehr einen sinnvollen, nachhaltigen Ausgleich aller Interessen finden, zu dem auch gehört, dass die Schönheit unserer Landschaft nicht durch uneingeschränkte Zersiedelung zerstört wird.

Wir wollen das mit Anreizen statt mit Verboten erreichen: umweltbewusst und nachhaltig - nicht links.

Deshalb wollen wir auch die Planungshoheit der Kommunen nicht einschränken, sie aber gleichzeitig zu größerer Sensibilität im Sinne einer nachhaltigen Flächennutzung ermuntern.

Zielkonflikte:

Grundsätzlich gibt es eine große Einigkeit im Ziel, Flächen nachhaltig zu nutzen und zusätzliche Flächenversiegelung zu reduzieren, bzw. zu stoppen.

Verständlicherweise begegnen sich gerade in diesem Bereich aber eine Vielzahl von unterschiedlichen Interessen und Nutzungsansprüchen:

- Im Bereich des Wohnens ist für viele Familien nach wie vor das „Häuschen im Grünen mit Garten“ die erstrebenswerteste Wohnform. Größere Gebäudekomplexe werden oft abgelehnt – allerdings auch aus nachvollziehbaren Gründen der Unwirtlichkeit des Wohnens in großen Hochhausanlagen.
- Für die meisten Menschen ist eine früher unbekannte Individualmobilität ein hohes Gut. Die Folge daraus ist, dass die Straßen-, Schienen- und Radwegeinfrastruktur immer stärker ausgebaut werden muss.
- Im Bereich des Einzelhandels erzeugen das Kostenbewusstsein der Konsumenten, aber auch die Bequemlichkeit der Kunden eine Nachfrage nach möglichst kostengünstigen und kundenfreundlichen Einkaufsmöglichkeiten.
- Tatsächlich stimmen die Menschen mit ihrem Kaufverhalten ab, wenn es darum geht zu entscheiden:
Kaufe ich bei einem kleinen Einzelhändler mit beschränktem Warenangebot und ohne Mengenvergünstigungen in Stadtlage mit schwieriger Parkplatzsituation – oder gehe ich zu einem Discounter mit Sonderangeboten, riesigem Warenangebot und sicherem, ebenerdig zu erreichendem Parkplatz direkt vor der Tür? Für den Einzelhandelsunternehmer ist somit meist der ebenerdige Verkaufsraum mit großem Parkplatz vor der Tür die kostengünstigste und attraktivste Bauform.
- Ähnlich gravierend wie große Einkaufszentren fallen große Gewerbe- und Logistikzentren „auf der grünen Wiese“ ins Auge und ins Gewicht. Zugleich sorgen sie aber meist auch für eine gewisse Verkehrsentserrung, wenn die Logistikzentren nahe an der nächsten Hauptverkehrsverbindung liegen und die vielen Transportfahrzeuge nicht erst durch die Ortschaften fahren müssen. Ganz abgesehen davon sind natürlich ausreichend Gewerbeflächen für unser Leben und unseren Wohlstand unverzichtbar!

Bei all den Lösungsansätzen ist neben steuer-, förder- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch die Bevölkerung mitzunehmen. Das Kaufverhalten der Verbraucher, die angestrebte Wohnform vieler Familien und die gesellschaftliche Akzeptanz höherer Bauformen kann und soll nicht staatlich verordnet werden. Gerade ein Vorrang der Innenverdichtung wird in der Bevölkerung auch zu Widerspruch führen.

Auch Handel und Gewerbe werden sich verständlicherweise gegen Auflagen wehren, die zu höheren Kosten führen. Die Anlage einer Tiefgarage, oder eine Bauform, bei der der Parkplatz und Geschäftsflächen über einander liegen, kostet wesentlich mehr (Anlage von Decken, Treppen, Liften etc.). Hier braucht es deutliche Anreize, um eine nachhaltigere Flächennutzung zu ermöglichen!

Dass ein flächensparender Bau von Einzelhandelsobjekten möglich ist, zeigen Bauwerke z.B. in engen Tallagen, bei denen der Baugrund knapp ist oder im städtischen Bereich, wo man sich wegen der hohen Grundstückspreise auf so wenig Fläche wie möglich beschränkt.

Eine effektive Begrenzung des Flächenverbrauchs ist nur möglich mit einer intelligenten Mischung aus Anreizsystemen und Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung und bei politischen Entscheidern sowie aus ordnungsrechtlichen Regelungen.

Lösungsweg:

Als Grundprinzip für neue Bautätigkeit, egal ob im Wohn-, Gewerbe- oder Einzelhandelsbereich, muss gelten: Umnutzung vor Neubau – bzw. generell bereits bebaute Flächen effizienter nutzen. Neubau muss grundsätzlich, wo möglich, in die Höhe gehen, statt auf der grünen Wiese in die Breite! Dies gilt für alle Projekte, auch für kommunale Bauten, wie Kindertagesstätten und andere Infrastruktureinrichtungen.

Gleichzeitig sollte im Wohnungsbaubereich eine bestimmte Geschosßflächenzahl nicht durchgehend überschritten werden, um die Wohnqualität zu sichern und keine reine Hochhaussiedlungen zu schaffen. Einzelne, punktuelle Hochhäuser, wo gewünscht, können freilich durchaus sinnvoll sein.

Bei der Frage, wie man das erreicht, gibt es ganz unterschiedliche Ansätze:

- Intelligentes Flächenmanagement, bei dem der Staat behilflich sein kann (Leerstands-, Baulücken- und Brachflächenkataster, Beratung).
- Steuerliche Lenkungsmechanismen für die Kommunen – und unsere Wirtschaft.
- Mehr Fördermittel (z.B. aus der Städtebauförderung) für Kommunen, die eine engagierte Flächensparpolitik betreiben.
- Entsiegelungsprämie.
- Förderprogramme für das Prinzip: Innen statt außen.
- Mischnutzung im innerstädtischen Bereich wieder ermöglichen (Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel) - dadurch Attraktivität der Ortskerne stärken. Die „Urbanen Gebiete“ sind ein Schritt in die richtige Richtung.
- Neue Wohnformen fördern (z.B. Vermittlungsservice für Wohnungstausch, Generationenwohnen).
- Durch Flexibilisierung der Denkmalschutzregeln mehr praktische Nutzung historischer Bausubstanz für Wohnen und Gewerbe ermöglichen (in Rom geht das auch!).
- Regelungen für den Bau von großen bzw. auf der grünen Wiese befindlichen Einzelhandelsobjekten im Sinne einer verminderten Flächenversiegelung anpassen: z.B. müssen Parkflächen von über 30 Stellplätzen entweder unter die Erde oder aufs Dach.
- Nutzung von eingeschossigen Bauten für Wohnungen in den oberen Geschossen.
- Es sollte gerade im ländlichen Raum, also auch im Außenbereich möglich sein, nicht mehr benötigte Gebäude der Landwirtschaft umzunutzen und somit zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig zusätzliche Flächenversiegelung zu vermeiden. Allerdings ist zu bedenken, dass das privilegierte Bauen im Außenbereich nicht für die Schaffung von Luxuswohnraum in Bestlagen ausgehöhlt werden darf.
- Zugleich sollte auch über eine Anhebung der Wohnfläche bei Austragshäusern nachgedacht werden, z. B ein Geschoss mehr, um Wohnraum nicht nur für die

- „Austragler“, sondern auch für weitere Kinder zu schaffen, die ansonsten auch wieder auf dem freien Wohnungsmarkt nach Objekten suchen müssen.
- Kommunen sollten zwingend eine finanzielle Folgekostenabschätzung bei großen Gewerbeansiedlungen vornehmen.
 - Die Ansiedlung von Gewerbeflächen und öffentlichen Einrichtungen sollten künftig noch stärker zwischen den Kommunen abgestimmt werden. So kann interkommunale Zusammenarbeit gezielt auch zum Flächensparen genutzt werden. Kommunen könnten zum Beispiel gemeinsam Gewerbegebiete einrichten bzw. Einrichtungen mit den Nachbarkommunen teilen. Dazu bedarf es entsprechender finanzieller Anreize bzw. Möglichkeiten durch entsprechenden rechtlichen Rahmen. Das alles soll freiwillig erfolgen.
 - Generell sollten sämtliche Fördermaßnahmen zur Ansiedlung von bestehendem und zusätzlichem Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen – oberbayernweit – schwerpunktmäßig vor allem auf ländliche Regionen und kleinere und mittlere Ortschaften konzentriert werden – um so Siedlungsdruck vom Ballungsraum München wegzunehmen. Dazu gehört insbesondere schnelles Internet! Wir wollen deshalb ein Sonderausbauprogramm Breitband und Gewerbe in Klein- und Mittelzentren Oberbayerns, um den Wachstumsdruck des Ballungsraums München und die großräumige Flächenversiegelung zu mindern.

II. Biologische Vielfalt (Biodiversität)

Biologische Vielfalt oder Biodiversität umfasst die Vielfalt der Ökosysteme, die Artenvielfalt und die genetische Vielfalt. Das Volksbegehren für Artenvielfalt hat die Bedeutung des Themas deutlich gemacht – die CSU-geführte Staatsregierung und der Landtag haben mit der gesetzlichen Umsetzung bereits einen großen Schritt dahin gemacht, die berechtigten Interessen von Natur und Landwirtschaft zum Ausgleich zu bringen.

a. Nachhaltiges Handeln von Verbrauchern, Kommunen und Freistaat

Oberbayernrelevanz:

Gerade in Oberbayern, bei Münchner Großstädtern und Landbewohnern, bestehen mittlerweile nicht nur große Unterschiede bei Kenntnis und Verständnis von Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion – sondern auch widersprüchliche Verhaltensweisen bei Verbrauchern.

Dem Einfordern naturnaher Produktionsmethoden und der Kritik an der konventionellen Landwirtschaft steht oft ein gegenteiliges Einkaufsverhalten der Verbraucher gegenüber. In der Praxis ist es nämlich so, dass sich viele Verbraucher „Bio“-Produkte nicht leisten wollen – oder finanziell nicht leisten können.

Deshalb kann und darf die Landwirtschaft, die in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern sowieso schon besonders naturnah und bäuerlich geprägt ist, nicht als einziger „Sündenbock“ für eine Minderung der Biologischen Vielfalt gelten. Vielmehr kommt es auch und in erster Linie auf das Verhalten jedes einzelnen Verbrauchers an!

Unser Ziel:

Allen Verbrauchern muss bewusst sein: Jeder kann mit seinem Verhalten, auch auf kleinstem Raum, einen Beitrag dazu leisten, dass die Biologische Vielfalt in unserer Heimat nicht weiter abnimmt.

Dazu kommt die Marktmacht jedes einzelnen Kunden, der Einfluss darauf nehmen kann, welche Produkte in welcher Herstellungsform gefragt sind und welche nicht.

Zielkonflikt:

Die Diskussion um die Abnahme der Biologischen Vielfalt ist stark verengt auf die Auswirkungen der sogenannten konventionellen Landwirtschaft. Auch wenn gerade dort natürlich besonders viel bewegt werden kann, gibt es eine Reihe von Akteuren, die ebenfalls ein hohes Potential haben, die Voraussetzungen für eine hohe Biodiversität zu verbessern.

Das betrifft generell und grundsätzlich an erster Stelle alle Verbraucher. Das betrifft natürlich auch den Vorbildcharakter politisch Handelnder in Kommunen und Staat. Gefordert sind Freistaat, Kommunen und jeder einzelne Bürger.

Auch hier gilt wie in allen Fällen: Wir wollen Anreize statt Verbote – umweltbewusst und nachhaltig - nicht links.

Zugleich sollten die Kommunen die Möglichkeiten ihrer kommunalen Planungshoheit – vor allem bei Neubauten und größeren Bauvorhaben – im Sinne einer Berücksichtigung von Aspekten der biologischen Vielfalt nutzen.

Lösungsweg:

- In jedem Fall müssen alle Bürger selbst ihre eigenen Möglichkeiten auch in der privaten Gartengestaltung nutzen: „Betongärten“ oder „Kiesgärten“ helfen nicht, dem Artenschwund entgegen zu treten! Dies könnte auch durch eine besondere kommunale Förderung zum Ausdruck gebracht werden (Prämierung von naturnahen und tierfreundlichen Gärten).
- Die Berücksichtigung der Biologischen Vielfalt und die Vermeidung von Flächenversiegelung in den Bebauungsplänen ist mindestens so wichtig wie beispielsweise die Farbe von Hausdächern! Hier sind entsprechende Anpassungen zu überlegen. Das gilt insbesondere für den Neubau von größeren Wohnanlagen und deren Gärten bzw. Grünflächen.
- Beratung und Anreizsetzung für private Ökomaßnahmen ohne Nutzungseinschränkungen für den Besitzer (Naturschutz auf Zeit). Baurecht darf nicht verloren gehen, wenn man noch nicht genutzte Baugrundstücke in der Zwischenzeit ökologisch aufwertet.
- Die Kommunen sollten ihre Grünanlagen generell naturnah gestalten. Kommunale Obstgärten oder Streuobstwiesen können, wie z.B. in Garching bei München, willkommene Plätze der Erholung und auch des gesellschaftlichen Miteinanders für einzelne Bürger wie für Gruppen und Vereine sein. Wir wollen deshalb ein Sonderprogramm Streuobstwiesen in Oberbayern starten – jede Gemeinde in Oberbayern soll ihren eigenen kommunalen Obstgarten haben!
- Kommunale und staatliche Gebäude und Anlagen sollen grundsätzlich auch der Förderung der biologischen Vielfalt dienen, durch geeignete Gestaltung und Bepflanzung.

- Erstellung eines Pflegekonzeptes für Straßenbegleitflächen und öffentliche Grünflächen zur naturnahen Bewirtschaftung (Staat als Vorbild).
- Erarbeitung eines Leitfadens für Bürger, Staat und Kommunen zur Verhinderung von Lichtverschmutzung und Umsetzung mit entsprechenden Maßnahmen.
- Förderung und Sicherung der traditionell bewirtschafteten Alm-, Alp- und Magerrasenflächen.
- Photovoltaikflächen sollen grundsätzlich auch zur Förderung der Biologischen Vielfalt genutzt werden.
- Gerade im Bereich privater und öffentlicher Gärten und Grünflächen (Parks, Spielplätze) ist der Einsatz von chemischem Pflanzenschutz entbehrlich. Hier könnte schnell eine Reduzierung erfolgen.

b. Nachhaltiger Waldumbau

Oberbayernrelevanz:

In Oberbayern findet sich etwa ein Viertel der bayerischen Waldflächen. Damit ist Oberbayern ganz besonders betroffen, wenn es Probleme mit der derzeitigen Waldsituation gibt. Dazu kommt in besonderer Weise die Rolle der Waldflächen als Schutzwälder in der Alpenregion.

Unser Ziel:

Der Wald muss in Zeiten des Klimawandels zukunftsfest gemacht werden. Die privaten Waldbesitzer dürfen mit der derzeitigen Situation nicht alleine gelassen werden. Stabilisierung der Wälder durch gezielten Waldumbau – hin zu Wäldern, die optimal an die neuen, klimatischen Bedingungen angepasst sind – muss vordringliche staatliche Aufgabe werden.

Zielkonflikt:

Der Wald war einmal die finanzielle Absicherung vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Durch die Klimaerwärmung und den damit verbundenen häufigeren Sturmereignissen erweist sich das über Jahrzehnte propagierte Waldmodell auf der Basis von Fichtenmonokulturen als wirtschaftlich desaströs. Sturm- und Käferkalamitäten vernichten ganze Bestände und zerstören damit auch die wirtschaftliche Absicherung der landwirtschaftlichen Betriebe. Die völlig unwirtschaftliche Vermarktung noch nicht schlagreifen Käferholzes und die Aufwendungen für die Neuaufforstung sind erhebliche wirtschaftliche Belastungen für die Waldbauern.

Lösungsweg:

Der Freistaat muss mit seinen Fachbehörden den Privatwaldbesitzern unter die Arme zu greifen:

- Waldumbauprogramm intensivieren.

- Vermarktungshilfen in wirtschaftlich schwierigen Situationen.
- Beratungskapazitäten ausbauen (zusätzliche Förster in die Beratung).
- Staatliche Hilfen bei Wiederaufforstung und bei Neubepflanzungen (Mischwald, klimaresistentere Baumarten).
- Schaffung bzw. Ausweisung von Lehr- und Modellwäldern, die für die verschiedenen Standorttypen exemplarisch Zukunftswaldsituationen aufzeigen.

c. Nachhaltige moderne Landbewirtschaftung

Oberbayernrelevanz:

Auch wenn die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln im ganzen Freistaat in etwa gleicher Intensität erfolgt, ist das Problem der Entfremdung des Konsumenten vom Erzeuger nirgends so groß wie in Oberbayern.

Der Anteil städtischer Bevölkerung im Ballungsraum München und in den touristisch besonders attraktiven Regionen, sowie der besonders hohe Zuzug von Menschen aus anderen Ballungsräumen, ist ein wichtiger Grund für eine besonders kritische Betrachtung der traditionellen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsformen in Bezug auf die Biologische Vielfalt. Welches Großstadtkind und welches Elternteil wissen heute tatsächlich um die Bedingungen und Praxis der Landwirtschaft? Dabei ist die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern im Vergleich zu anderen Ländern noch viel naturnäher und umweltfreundlicher aufgestellt.

Ziel:

Der oberbayerische bäuerliche landwirtschaftliche Familienbetrieb muss eine dauerhafte wirtschaftliche Grundlage haben. Dazu gehört vor allem auch, dass die Erwartungen der Verbraucher an die Erzeuger und die Bereitschaft, für gute und nachhaltig erwirtschaftete Produkte einen angemessenen Preis zu bezahlen, in Einklang gebracht werden.

Die Produktionsmethoden müssen wieder gesamtgesellschaftliche Akzeptanz durch Kenntnis und Überzeugung bekommen, insbesondere bei den Themen Biologische Vielfalt und Tierschutz. Die Landwirtschaft muss dies und ihre Leistungen für die Biologische Vielfalt aber auch den Verbrauchern gegenüber besser vermitteln.

Zielkonflikt:

Die konventionelle Landwirtschaft gerät zunehmend in die Kritik der Verbraucher. Dabei werden bislang allgemein akzeptierte Produktionsmethoden grundsätzlich in Frage gestellt. Dies gilt für die Tierhaltung genauso (betäubungslose Ferkelkastration, Anbindehaltung, häufige Mahd), wie für den Feldbau (Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Gülledüngung). Landwirte, die seit Jahrzehnten die gleichen Produktionsmethoden anwenden, finden sich plötzlich in öffentlicher Kritik und reagieren frustriert.

Andererseits wird als pauschale Lösung des Problems die Bioproduktion in den Mittelpunkt gerückt. Auch wenn dies theoretisch erreichen könnte, dass die

Erwartungshaltung vieler Verbraucher befriedigt würde - solange der Großteil der Kunden im Lebensmitteleinzelhandel nicht bereit oder finanziell in der Lage ist, für die aufwendigeren Erzeugungsmethoden auch mehr zu bezahlen, ist dies keine Alternative für den durchschnittlichen, bäuerlichen, landwirtschaftlichen Betrieb.

Lösungsweg:

Bei der Lösung des Konfliktes sind alle Seiten gefordert:

Die *Landwirte* müssen den Verbrauchern die Bedeutung ihrer Arbeit für hochwertige Lebensmittel und ihre Anstrengungen für eine nachhaltige Produktion noch viel deutlicher machen.

Der *Staat* kann dabei in vielfacher Weise behilflich sein, eine naturnähere Bewirtschaftung voran zu bringen:

- Attraktive Programme für ökologische Elemente in der Landbewirtschaftung (Blühflächen, Geländestrukturierung, Uferrandstreifen).
- Verstärkte Kooperation und Einbindung der Landwirte in den Naturschutz (Vertragsnaturschutz, KULAP, Landschaftspflegeverbände).
- Forschungsoffensive für modernen mechanischen Pflanzenschutz.
- Die Umstände für die Direktvermarktung sollten erleichtert werden. Nur so wird sie ein echter Eckpfeiler einer dezentralen, lokalen und saisonalen Nahrungsmittelversorgung.
- Zuschüsse für die Schaffung von Biotopen.
- Kampagnen und Aktionen der Ministerien und Verbände zur Aufklärung der Bevölkerung über deren Einflussmöglichkeiten auf Artenschutzbelange (Gartengestaltung, Einkaufsverhalten).

Auf der anderen Seite sind die *Verbraucher* gefordert, mit ihrem Kaufverhalten ihren Teil dazu beizutragen, dass sich eine naturnahe Landbewirtschaftung lohnt. Auch hier kann der Staat behilflich sein:

- Vermehrtes Angebot bzw. Verarbeitung von regionalen und Bioprodukten in staatlichen Einrichtungen und Betrieben wie Kantinen.
- Unterstützung von Regionalvermarktungsformen.
- Zertifizierung von Haltungsmethoden (Güte-Siegel).
- Bessere Verbraucherinformation über die Vorteile des Kaufs von regionalen und saisonalen Lebensmitteln mit Verweis auf die Klimarelevanz, die regionale Wertschöpfung und die Biodiversität.
- Thematisierung in den Schulen unter Einbeziehung aller Produktionsformen.
- Stärkung der Ernährungsberatung in den Ämtern für Landwirtschaft
- Einbeziehung von Naturschutz- und Nachhaltigkeitskriterien bei der Definition von Fördertatbeständen.

III. Nachhaltige Mobilität in Stadt und Land

Mobilität ist ein menschliches Grundbedürfnis. Nachhaltigkeit heißt hier: Wir wollen Mobilität ermöglichen und Verkehrsbelastungen nach Möglichkeit minimieren. In keinem Regierungsbezirk ist der Gegensatz zwischen den Verkehrsproblemen des Ballungsraumes und des ländlichen Raumes so stark ausgeprägt, wie in Oberbayern.

Die Metropolregion München, die einzelnen mittleren und kleineren Städte und ländliche Regionen haben dabei ganz unterschiedliche Bedürfnisse und Herausforderungen. Mögliche Lösungen müssen wir synergistisch, im Sinne von mehr Nachhaltigkeit, sinnvoll und praktikabel verbinden, nämlich durch Anreize statt Verbote: umweltbewusst und nachhaltig - nicht links!

a. Mobilität im ländlichen Raum

Oberbayernrelevanz:

Abseits des Großraums München ist es oft schwierig, ein attraktives ÖPNV-Angebot darzustellen, das wegen der geringen Auslastung noch einigermaßen wirtschaftlich zu betreiben ist. Nicht jeder Einödhof, nicht jeder Weiler – gerade im Bergland – kann eine eigene Buslinie im Stundentakt bekommen. Gleichzeitig wollen wir Mobilität ermöglichen, die nicht nur auf Privat-PKW angewiesen ist. Denn reiner Individualverkehr hilft Kindern, Senioren und kranken Menschen nichts.

Unser Ziel:

Um gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu schaffen und die PKW-Nutzung zu reduzieren, ist es notwendig, intelligente, vernetzte und individuelle Verkehrsangebote zu schaffen.

Zielkonflikt:

Die Schwierigkeit besteht darin, die Balance zwischen Nutzen und Kosten zu finden. Viele hochwertige Arbeitsplätze sind bei Firmen und Behörden im Ballungsraum. Für manch einen, der sich die hohen Lebenshaltungskosten in der Stadt nicht leisten kann oder will, stellt sich die Frage: Ein weniger attraktiver Arbeitsplatz in der Nähe oder täglich in die Stadt pendeln.

Lösungsweg:

Jede Region braucht ein auf ihre lokale Situation zugeschnittenes Lösungspaket. Dieses kann ganz unterschiedlich sein und aus ganz verschiedenen Komponenten bestehen. Deshalb müssen die Kommunen, besonders die Landkreise, dabei unterstützt werden, beispielsweise durch:

- Schaffung größerer Tarifbereiche und Verkehrsverbünde.
- Einheitliche bayernweite Mobilitäts-App unter Einbeziehung aller Anbieter.

- Stärkere Vernetzung von Rufbussystemen, auch über Landkreisgrenzen hinweg.
- Schaffung einer oberbayernweiten „Mobilitäts-Rufnummer für schnellen Anschluss“.
- Förderung der Kommunen zur Einrichtung von „Gemeindebussen“ (privatwirtschaftlich oder kommunal organisiert).
- Staatliche Unterstützung bei der Erarbeitung von lokalen Verkehrskonzepten.
- Anbieten von Musterverträgen mit Verkehrsanbietern, gerade bei Kombinierten Modellen.
- Schnelles Internet - schnellstmöglicher Ausbau des Breitbandnetzes und Schaffung von Home-Office-Arbeitsplätzen, Satelliten-Work-Rooms und Co-Working-Areas, um Arbeitsplätze im Münchner Umland und in ländlichen Räumen zu halten bzw. aufzubauen um Berufspendlerverkehr zu mindern bzw. zu entzerren.
- Weitere Verlagerung von Behördenstandorten in mittlere und kleinere Städte in den Regionen.
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle, um die Berufsverkehrszeiten zu entspannen.
- Angebot an Unternehmen: Besondere Förderung bei Verlegung von Arbeitsstätten in die Region oder Schaffung von Heimarbeitsplätzen (Mobilitätsprämie).
- Standorte von Großunternehmen sollen möglichst in ländlichen Regionen angesiedelt sein und dort gefördert werden, statt weiter in den Ballungsraum und die Stadt München zu ziehen.

b. Mobilität im Ballungsraum

Oberbayernrelevanz:

Während in den schwach besiedelten Landkreisen Öffentlicher Personennahverkehr oft daran scheitert, dass Angebote bzw. Verkehrslinien nicht ausreichend nachgefragt werden, hat München die Schwierigkeit, besonders in Stoßzeiten die hohe Nachfrage zu bedienen. Verstärkt wird der Effekt dadurch, dass aus dem Umkreis von nicht selten 100 km viele Pendler in die Stadt fahren und gerade zu Berufsverkehrszeiten die Situation noch deutlich verschärfen. Gleichzeitig pendeln – mittlerweile noch mehr Menschen – aus der Stadt München in den Landkreis und die weitere Umgebung.

Unser Ziel:

Wir wollen ein Verkehrsangebot schaffen, das den Menschen im Ballungsraum eine kostengünstige, bequeme und zugleich umweltgerechte Mobilität, auch in den Stoßzeiten, ermöglicht. Wir wollen Mobilität fördern, die Lärm, Schmutz und Flächenversiegelung mindert.

Zielkonflikt:

Die vorhandene Verkehrsinfrastruktur stammt überwiegend aus den siebziger Jahren und ist auf das damalige Verkehrsaufkommen ausgelegt. Heute fahren weitaus mehr Menschen im ÖPNV, was zu einer starken Überlastung der Systeme führt. Frustrierte ÖPNV-Nutzer, besonders Pendler, die von ihrem Wohnort ohnehin nicht gut angebunden sind, fahren dann gleich mit dem PKW, was dazu führt, dass zu Berufsverkehrszeiten auch noch auf den Straßen Chaos herrscht. Eine Autofahrt ist heute zwar mit täglichem Stau verbunden, bietet aber den Vorteil der Flexibilität und ist nicht mit Wartezeiten beim Umsteigen verbunden. Vielfach ist der ÖPNV heute auch nicht günstiger als das Auto, besonders wenn Fahrgemeinschaften gebildet werden. Der Versuch auf das Fahrrad umzusteigen, wird zwar immer stärker als Alternative genutzt, birgt aber wegen geringer Fahrradtauglichkeit vieler Streckenabschnitte ein erhebliches Risiko für Leib und Leben.

Lösungsweg:

Eine für alle Seiten adäquate Lösung kann nur in einem vielfältigen Verkehrsmix und einer weitgehenden Entzerrung der Verkehre zu Stoßzeiten bestehen:

- Schnellstmöglicher Ausbau der vorhandenen Schienenpersonennahverkehr-(SPNV)-Angebote (Stammstrecke, U-Bahn, Tramlinien, Tangentialverbindungen).
- Bau eines S-Bahn-Rings um München.
- Ausbau von S-Bahnlinien.
- Erweiterung des MVV-Raumes.
- Intelligente Weiterentwicklung und Ausbau neuer Mobilitätsformen (Car-Sharing, Miet-Elektroroller, Leihradsysteme, Seilbahnsysteme etc.).
- Ausbau des Radwegenetzes mit Radschnellwegen und Parkmöglichkeiten für Fahrräder.
- Reduzierung des Parkplatzsuchverkehrs durch elektronische Parkplatzleitsysteme (Parkplatz-App).
- Moderne Verkehrslenkungssysteme (Grüne Wellen) zur Verbesserung des Verkehrsflusses.
- Schnelles Internet - schnellstmöglicher Ausbau des Breitbandnetzes und Schaffung von Home-Office-Arbeitsplätzen und Satelliten-Work-Rooms, um Arbeitsplätze im Münchner Umland und in ländlichen Räumen zu halten und auszubauen und Berufspendlerverkehr zu mindern bzw. zu entzerren.
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle um die Berufsverkehrszeiten zu entspannen.
- Angebot an Unternehmen: Besondere Förderung bei Verlegung von Arbeitsstätten in die Region oder Schaffung von Heimarbeitsplätzen (Mobilitätsprämie).

IV. Tourismus nachhaltig

Oberbayernrelevanz:

Oberbayern ist das Urlaubsland für Millionen von Erholungssuchenden. Insbesondere die Alpen und die Seen, aber auch unsere Städte und kulturellen Sehenswürdigkeiten, sind besondere Besuchermagnete, wie sie kaum an anderen Stellen Deutschlands zu finden sind.

Unser Ziel:

Wir wollen, dass unsere Natur und Landschaft, unsere Berge und Seen in Oberbayern, den einheimischen Bewohnern zum Leben und Wirtschaften zur Verfügung stehen. Besuchern und Einheimischen soll unsere Heimat weiter für Erholung, Freizeit und Sport offenstehen, dabei aber weiter als Habitat und Rückzugsort für viele einmalige Tier- und Pflanzenarten dienen. Alle drei Aspekte gehören zusammen.

Zielkonflikt:

Gerade die Bergregionen sind Lebens- und Arbeitsraum für die einheimische Bevölkerung, die durch die Gebirgssituation ohnehin mit erschwerten Bedingungen zu kämpfen hat.

Gleichzeitig erwarten aber viele Städter und Touristen unberührte Natur und Landschaft.

Viele der derzeit üblichen touristischen und vor allem sportlichen Aktivitäten, insbesondere im Wintersport, sind mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden. Dazu kommen Aktivitäten wie Mountainbiking, Drachenfliegen, Paragliding oder Schneeschuhwandern, bei denen es bei hoher Intensität zu teilweise starker Beunruhigung der Wildtiere kommt. Gerade der Boom mit E-Bikes bringt viele Radfahrer in Regionen, in die früher nur wenige Sportler vorgedrungen sind.

Lösungsweg:

Wir wollen Oberbayern und die Erholungsregionen weder zum reinen Freilichtmuseum oder Urwald machen, noch eine Massentourismusmaschine. Wir wollen den Ausgleich und die Balance: Um alle Anliegen und Interessen - die der einheimischen Bevölkerung, der Erholung suchenden Menschen und das der Natur und Tiere - unter einen Hut zu bringen, sind lenkende und trennende Maßnahmen notwendig:

- Generell Umstellung auf und Förderung von Ganzjahrestourismus.
- Verstärkte Forschung und Beratung für naturverträglichen, sanften Tourismus sowie für moderne Besucherlenkung.
- Verbesserte öffentliche, klimafreundliche und energieverbrauchsarme Verkehrsanbindung aus den Städten in die Erholungsregionen sowie innerhalb der Erholungsregionen.

- Hebung von Potentialen des Tourismus abseits der Hauptdestinationen und Förderung der klimafreundlichen, regionalen Erholung durch Kultur und Natur sowie generell der Förderung von Erholung durch „Entschleunigung“.
- Gemeinsame Entwicklung von wirtschaftlichen und touristischen Alternativen für Wintersportgemeinden, in denen die Schneesicherheit zunehmend gefährdet ist. Es sollen Wege erarbeitet werden, wie vorhandene Infrastruktur in schneearmen Wintern anderweitig touristisch genutzt werden kann.
- Wir wollen gerade in stark tourismusabhängigen Regionen bessere Bedingungen für tourismusunabhängige Arbeitsplätze schaffen, vor allem durch maximal mögliches schnelles Internet auch in derzeit noch schlecht erschlossenen Regionen.
- Verstärkte Ausweisung von naturverträglichen Routen mit „Naturverträglichkeitssiegel“ für Schneeschuhwanderer und Tourenger.
- Einrichtung von Sperrzonen und Ausweisung geeigneter Routen für Mountainbiker und E-Biker.
- Schutzzonen im Luftraum für Vögel.
- Intensive Mitarbeit am Alpenplan, um die Aktivitäten und Erfahrungen der anderen Alpenanrainerstaaten für und nutzbar zu machen.
- Besondere Förderung der regionalen Natur- und Kulturlandschaften und regionaler Wirtschaftsformen. Die Initiative Bergsteigerdörfer der Alpenvereine kann Vorbild für die Bergregionen sein: „Es geht um die Balance zwischen zeitgemäßen Bewirtschaftungstechniken, einer sinnvollen Ertragslage, einem ökologisch stabilen Gesamtzustand und einer touristisch stimmigen Kulturlandschaft.“
- Wir wollen generell und vor allem kleinere und Familienbetriebe von unnötiger Bürokratie wie übertriebenen Brandschutzvorschriften befreien, um ihnen eine wirtschaftliche Perspektive zu erleichtern.
- Ausbau des Breitbandangebotes gerade auch in Fremdenverkehrsregionen, da die Idee der „Coworkation“ (aus Co=zusammen, work=Arbeit und vacation=Urlaub) für viele heute schon Alltag geworden ist.